Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Inseratenpreis 30 Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 20 Pfg., Reklamen 2 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 2.50 Mk. Nachweisungs-Gebühr 30 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt sowie die wichtigsten Veröffentlichungen der Ministerien, der Kreishauptmannschaft Dresden und der Gemeinden des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 208. — **Donnerstag den 9. September 1920.** — **79. Jahrgang.**

Amtlicher Teil.

Montag den 13. September vormittags 1/4 11 Uhr

wird im Verhandlungssaale des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes

öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

abgehalten werden.

Die Tagesordnung hängt im Anmeldezimmer vom 8. September ab aus.

Meißen, am 6. September 1920. Nr. 296 I B.

5929 **Die Amtshauptmannschaft.**

Lungenseuche betr.

Die Lungenseuche unter dem Viehbestande des Gutsbesitzers **Clemens Steuer** in **Sora ist erloschen.**

Das engere Beobachtungsgebiet für Sora wird aufgehoben.

Meißen, am 6. September 1920. Nr. 287 V.

5928 **Die Amtshauptmannschaft.**

Fleischversorgung.

Im Kommunalverband Meißen-Land einschl. der rev. Städte Nossen, Lommatzsch und Wilsdruff wird in der Woche **vom 6. bis 12. September** auf den Fleischbezugsschein gegen Abstempelung durch den Fleischer **Frischfleisch** verteilt.

Es erhalten:

a) **Personen über 6 Jahre:** 200 g Frischfleisch mit Knochen **oder** — soweit vorhanden — 160 g Hackfleisch **oder** 200 g Wurst;

b) **Kinder unter 6 Jahren:** 100 g Frischfleisch mit Knochen **oder** — soweit vorhanden — 80 g Hackfleisch **oder** 100 g Wurst.

Meißen, am 7. September 1920. Nr. 449 II L.

5931 **Kommunalverband Meißen-Land.**

Gemäß § 2 der Ministerial-Verordnung vom 24. Juni 1919 über den Verkehr mit Pferdefleisch und Ersatzwurst ist von dem unterzeichneten Kommunalverband

der Roßschlächter Arthur Starke in Nossen

1. zum Einkauf von Schlachtpferden,
2. zur Schlachtung von Pferden und
3. zum Handel mit Pferdefleisch

bestellt und durch die Kreishauptmannschaft mit entsprechender Ausweiskarte versehen worden.

Meißen, am 1. September 1920. 5932

N. 560 II L. **Kommunalverband Meißen-Land.**

Verkauf neuer Männeranzüge.

Durch die nachstehende Verkaufsstelle gelangen von der Textilnotstandsversorgung zugewiesene

neue Männeranzüge

(dreiteilig, Jackett, Weste und Hose)

zum Preise von nur 245 Mark zum Verkauf.

Die Käufer haben sich durch Vorlage des Einwohnerscheines, Steuerzettels oder besonderen Ausweises der Ortsbehörde als in der Amtshauptmannschaft Meißen wohnend auszuweisen.

Meißen, am 6. September 1920. Nr. 925 II N.

5930 **Kommunalverband Meißen-Land.**

Verkaufsstelle:

Eduard Wehner, Wilsdruff.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Botschafterkonferenz in Paris lehnte die deutsche Note, die Zulassung einer verstärkten Truppe zur Bewachung der russischen Internierten in Ostpreußen forderte, ab, ebenso die Note zwecks Einsetzung einer neutralen Untersuchungskommission in Oberschlesien und eine Note über Regelung der Flußlonnage.

* Reichskanzler Fehrenbach teilte dem deutschen Bevollmächtigten für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien mit, Reichsregierung und preußische Regierung hätten zusammen einen Betrag von zehn Millionen Mark für die durch Gewalttaten betroffenen oberschlesischen Familien bewilligt.

* Die mecklenburgische Staatsregierung hat die Organisation Escherisch in Mecklenburg verboten und hierzu bemerkt, daß ein Merkmal für die unter diese Bestimmung fallenden Verbände ihre Bewaffnung ist.

* In einer langen Erklärung wendet sich die polnische Regierung gegen die deutsche, die in bezug auf den Durchgangsverkehr Verschleppungstaktik treibe, und deshalb für die ungeordneten Verhältnisse allein verantwortlich sei. Die deutsche Antwort steht noch aus.

* Polen hat mit den Vorarbeiten zur Anlage eines großen Handelshafens im Putziger Wiek, an der Danziger Bucht, begonnen.

* Die russisch-polnische Friedenskonferenz soll nunmehr am 9. September in Riga beginnen.

* Die Russen sollen ihre Streitkräfte im Norden im wesentlichen wieder geordnet und hergestellt haben.

* Tschitscherin sagt in einem drahtlosen Telegramm aus Moskau, daß eine revolutionäre Bewegung in Bokara in Turkestan ausgebrochen sei. Die Volksmasse habe die Regierung des Emir gestürzt. Der Widerstand der Regierung sei für immer gebrochen.

Genf — Brüssel.

Immer näher rückt der Tag, der die Staatsmänner Europas wiederum am grünen Tisch versammelt sieht. Wie eine Londoner Zeitung mitteilt, hat die englische Regierung auf Grund der Beschlüsse von Spa der französischen und italienischen Regierung eine Zusammenkunft auf den 24. September in Genf vorgeschlagen. In dieser Konferenz sollen aber nur die europäischen Kohlenschwierigkeiten und die internationale Verteilung der Kohlenförderung, sowie die Abrüstungsfrage behandelt werden, während gleichzeitig in Brüssel eine internationale Finanzkonferenz zusammentreten soll, in der alle Mächte gleichfalls durch ihre leitenden Staatsmänner vertreten sein werden. — England durch Lloyd George und Curzon, Frankreich durch Millerand und Marsal, Italien durch Giolitti und Sforza, Deutschland durch Fehrenbach, Simons und Finanzminister Dr. Wirth. Was also für uns die Hauptsache ist und ursprünglich der Zusammenkunft in Genf vorbehalten war, nämlich die Feststellung der Grenze unserer Zahlungsfähigkeit und die Möglichkeit und Beschaffenheit unserer Zahlungen, das soll jetzt nicht in Genf, sondern in Brüssel behandelt werden, also wiederum in einem wesentlich französischen Milieu und in einer Atmosphäre, die den Franzosen günstiger ist als uns und die Möglichkeit zu jenen Beeinflussungsmanövern gegenüber den deutschen Unterhändlern gibt, in denen die Franzosen unerschöpflich sind.

Es wurde schon kürzlich aus den Andeutungen des Ministers Simons der Schluß gezogen, daß Frankreich kein großes Interesse an der Begrenzung der deutschen Zahlungsfähigkeit hat und seine Politik in dieser Beziehung im Widerspruch steht und andere Wege geht gegenüber der englischen und italienischen Politik. Eine Bestätigung dieser Auffassung finden wir nunmehr in der Zweiteilung der ursprünglich geplanten Genfer Konferenz, in dem Umstande, daß die Zusammenkunft der europäischen Staatskünstler gleichzeitig oder fast gleichzeitig in Genf und in Brüssel stattfinden soll. Man kommt Frankreich entgegen, indem man in Brüssel eine internationale Finanzkonferenz abhält, die offenbar der Beratung der allgemeinen europäischen Finanzlage, der überall fühlbaren Währungsverschlechterung infolge der europäischen Papiergeldfabrikation — der sogenannten „Inflation" — gelten soll und in der voraussichtlich das deutsche Problem nur allgemein besprochen werden dürfte, ohne daß vermutlich feste Beschlüsse gefaßt werden. In Genf wieder soll die allgemeine Abrüstung — gleichfalls vom Gesichtspunkt der finanziellen Ersparnis — erörtert werden, und die Gleichzeitigkeit dieser beiden Konferenzen erscheint als ein von der englischen Diplomatie ausgedachtes Manöver, das zu allerlei Verschiebungen, zu Kompetenzerörterungen, Vertagungen und sonstigen Künsten die Handhabe bieten kann, um die Verhandlungen, wenn sie etwa vor einem gefährlichen Wendepunkt stehen oder sonst eine peinliche, für die Engländer oder für die Franzosen, für die Italiener oder die Deutschen gar zu heikle oder drohende Form annehmen, abzubrechen, zu vertagen, oder von einem Forum aufs andere, von Brüssel nach Genf oder von Genf nach Brüssel zu verlegen und zunächst einmal der akuten Gefahr die Spitze abzubrechen — Zeit zu gewinnen nach dem bekannten und allzu bewährten Rezept Lloyd Georges.

Wir dürfen nie vergessen, daß in der jetzt zu entscheidenden Finanzfrage auch die Unterwürfigkeit Deutschlands ihre Grenzen hat, die kein deutscher Staatsmann ungestraft überschreiten darf. Deutschland hat, von seinem ersten Friedensangebot an, vom Waffenstillstand und dem Versailler Frieden bis zur letzten Unterwerfung von Spa schon so Ungeheuerliches für die Entente geleistet, sich in einer Weise für Europa geopfert und entblößt und seinen Willen zur Erhaltung des Friedens und zum Wiederaufbau der Welt bekundet, daß uns neue Opfer nicht mehr zugemutet werden können. Daß Deutschland nicht überhaupt schon offenen Bankerott erklärt hat, daß es, wenn auch stöhnend und ächzend, immer noch seinen Platz in der Kulturwelt behauptet, seine Maschine zwar kreischend und unter Hemmungen, aber dennoch arbeits- und leistungsfähig in Gang hält und mit äußerster Anstrengung sich gegen den äußeren und inneren Zusammenbruch wehrt, das ist eine übermenschliche Leistung. Wir haben aber schon mehr wie genug bezahlt und ausgeliefert, und der Gedanke, daß wir nun auch noch Jahrzehnte tributpflichtig bleiben sollten, dieser Gedanke ist nicht nur töricht, er ist geradezu unausführbar. Daß wir für Europa noch jahre- und vielleicht jahrzehntelang werden arbeiten müssen, daß der Ertrag dieser Arbeit zum großen Teil unseren bisherigen Gegnern zugute kommen wird, das wissen wir, und das ist die unvermeidliche Folge des verlorenen Krieges. Wir sind aus einem Arbeitgebervolk zu einem Arbeitnehmervolk herabgesunken. Aber von einem Arbeitnehmer bis zum hörigen Sklaven ist noch ein sehr weiter Weg, und wehe dem Staatsmann, der nicht den Willen zum Äußersten und unnachgiebigsten Widerstand aufbringt gegen die Versuche, Deutschland und das deutsche Volk auf den Weg zur Finanz- und Wirtschaftssklaverei zu treiben!

10 Millionen Mark für Oberschlesien.

Der Reichskanzler an den Fürsten Hatzfeldt.

An den deutschen Bevollmächtigten für die Abstimmungsbezirke Oberschlesiens, den Fürsten Hatzfeld, richtete Reichskanzler Fehrenbach ein Schreiben, in dem er dem Fürsten Mitteilung macht von der am Montag abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Reichs- und des preußischen Kabinetts. Die Sitzung habe sich mit der Abwehr der Oberschlesien drohenden Gefahren befaßt. Das Schreiben fährt fort:

Mit tiefer Bewegung haben die Kabinette die ergreifenden Berichte entgegengenommen, die über die Leiden und die Kämpfe unserer treuen Oberschlesier erstattet worden sind. Nur zu viele wackere Männer haben ihre feste Anhänglichkeit an das Deutsche Reich mit Wunden und mit dem Tod bezahlt, nur zu viele sind bei der Verteidigung alter Rechte und des heimatlichen Herdes in ihrer wirtschaftlichen Existenz schwer geschädigt und bedroht. Die Regierungen aber wissen sich mit der oberschlesischen Bevölkerung eines Sinnes darin, daß keine Gewalttat die Liebe zu Deutschland aus den Herzen zu reißen vermag. Die Regierungen leben der Zuversicht, daß die oberschlesische Bevölkerung die Prüfungen dieser schweren Zeit standhaft ausdauern wird. Mit Entschlossenheit werden sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anwenden, um der Bevölkerung Oberschlesiens bei ihrem guten und gerechten Kampfe zu helfen. Um der äußeren Bedrängnis zu wehren, die durch den Tod ihrer Ernährer und durch zahllose Gewalttaten über unschuldige Familien hereingebrochen ist, haben die Regierungen einen Betrag von zunächst zehn Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Wo um des deutschen Namens willen Schweres erduldet wird, darf und soll die Hilfe der Volksgemeinschaft nicht ausbleiben.

Der Reichskanzler bittet den Fürsten Hatzfeldt, bei der oberschlesischen Bevölkerung der Dolmetscher zu sein für die Gesinnungen, die in den Kabinettsberatungen zum Ausdruck kamen. Fehrenbach schließt: Oberschlesien bei Deutschland zu erhalten, ist unser Wunsch und fester Wille. Dazu wollen wir alles tun, was in unserer Macht steht.

Die Selbständigkeitsfrage.

Das Reichskabinett beschäftigte sich mit der Frage der Autonomie Oberschlesiens. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten hatte in seiner letzten Tagung sich ausführlich mit der Frage befaßt und schließlich auch einen Beschluß

SLUB Wir führen Wissen. — Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF